IGM **R**egional

Zeitung für die Region Stuttgart · E 45481/Nr. 1

März 2000

Böblingen · Esslingen · Geislingen · Göppingen · Ludwigsburg · Stuttgart · Waiblingen

Die Telefongesellschaft Debitel bleibt in der Region Stuttgart. Zwar wollten Städte in ganz Deutschland Stuttgarts fünftgrößten Steuerzahler abwerben, doch Geschäftsleitung und Betriebsrat sind sich darin einig, daß der neue Standort nicht weiter als zehn Kilometer vom derzeitigen in Stuttgart-Fasanenhof entfernt sein soll. Grund: „Wir wollen durch den Umzug niemanden verlieren“, berichtet Carmen Reich, die Betriebsratsvorsitzende. Rund 1.000 Männer und Frauen arbeiten derzeit bei Debitel in Stuttgart. 200 neue werden gesucht. Die Firma platzt aus allen Nähten. Um die Beschäftigten unterzubringen, arbeitet man derzeit in sechs Gebäuden.

„Wir sind froh, daß Debitel in der Region bleibt“, sagt Jürgen Stamm, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Stuttgart. „Dies ist im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse der Region. Denn abgesehen vom Erhalt eines expandierenden Unternehmens, das Arbeitsplätze schafft, bekommen wir mit der Firma Debitel auch eine vom Automobilbau vollkommen unabhängige Branche.“

debitel

► **Jürgen Stamm:** Eine vom Automobilbau unabhängige Branche

Debitel bleibt in der Region Stuttgart

Telefongesellschaft will weiter expandieren

Die Entscheidung über den neuen Standort soll Ende März fallen. Mit im Rennen sind unter anderem das Gebiet Unterer Grund in Stuttgart-Vaihingen, das alte Flughafengelände in Böblingen sowie Industriegebiete in Esslingen und Leinfelden-Echterdingen. „Voraussetzung für den Zuschlag ist nicht zuletzt eine optimale Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr“, berichtet Peter Leferink, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende. Denn mit dem Industriegebiet Fasanenhof habe man diesbezüglich sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Bis heute hält dort weder eine Stadt-, noch eine S-Bahn. Nicht einmal eine direkte Buslinie vom Vaihinger S-Bahnhof wollte die Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB) einrichten. Und die Buslinie 72 fährt abends nicht mehr übers Industriegebiet. Um den Takt zumindest etwas zu verlängern, zahlt Debitel der

SSB einen Zuschuß. „Dies ist ein Skandal“, sagt Jürgen Stamm von der IG Metall. Insofern sei das Industriegebiet Fasanenhof eine völlige Fehlplanung. Stamm richtet deshalb an die Gemeinderatsfraktionen den Appell, nicht nur auf die Gewerbesteuer zu schießen, sondern auch und vor allem auf eine vernünftige Infrastruktur. Für vorbildlich hält Jürgen Stamm den engen Umzugsradius von Debitel. Im Gegensatz dazu habe Daimler-Chrysler ohne Rücksicht auf Verluste große Teile der Entwicklung von Stuttgart nach Sindelfingen verlegt, was für viele Beschäftigten zu erheblichen Nachteilen führte. Daimler ist übrigens die Wiege von Debitel. Das Unternehmen wurde 1991 von der Daimler-Tochter Debis gegründet. 1999 hat der Daimler-Chrysler-Konzern seine Debitel-Anteile der schweizerischen Swisscom verkauft.

► **Seite 3/4**
Mängel beim Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

► **Seite 5**
Interview mit AOK-Chef Roland Sing

► **Seite 6**
Zwangsarbeit: Firmen drücken sich

► **Seite 7**
Region Stuttgart braucht mehr Geld

► **Seite 7**
Daimler: Bald Zuschuß für Jobtickets?

Preis-Gewinner erzählen

Die Rätsecke unserer Zeitung wird immer beliebter. Und die Preisträger sind begeistert von ihren Preisen. Zum Beispiel der Daimler-Chrysler-Arbeiter Rainer Schlichter, der eine Berlin-Reise gewonnen hatte oder Christoph Hilligardt, der Konzertkarten bekam.

Rainer Schlichter hat eine viertägige Berlin-Reise für zwei Personen gewonnen. Einge-laden dazu hat den gelernten Werkzeug-macher die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Ute Kumpf, die viele Jahre Pressesprecherin der IG Metall in Baden-Württemberg war. Schlichters Frau war zum ersten Mal in der Bundeshauptstadt; er selbst zum zweiten Mal. Besonders beeindruckt haben ihn neben dem Potsdamer Platz und bestimmten Sehenswürdigkeiten „die riesengroßen Baustellen“. Etwas enttäuscht waren die

ein Konzert mit klassischer Musik besucht. „Es wurde ein Werk von Johann Sebastian

Bach gespielt“, berichtet der gelernte Industriemechaniker, der bei der Firma Komet in Besigheim arbeitet. Bisher ging er ausschließlich in Popkonzerte. Die Konzertkarten der Kulturgemeinschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes brachten ihn auf den Geschmack: Hilligardt: „Jetzt werde ich sicher öfter mal auch ein klassisches Konzert besuchen.“

*Rainer Schlichter
mit Frau im Berliner
Reichstagsgebäude;
rechts die Bundestags-
abgeordne Ute Kumpf*

Christoph Hilligardt
Er bekam Konzertkarten

„Interessant dagegen war die Diskussionsrunde mit Ute Kumpf“, berichtet der IGM-Vertrauensmann, der bei Daimler in Stuttgart-Untertürkheim arbeitet. „Nur leider zu kurz.“ Preisträger Christoph Hilligardt aus Bönnigheim-Hofen hat zum ersten Mal

REGIONAL
Vierter Jahrgang
Nr. 1/2000 (März)

Herausgeber: IG Metall
in der Region Stuttgart

Verantwortlich: Dieter Knauß
und Jürgen Stamm, die Sprecher
der IGM in der Region Stuttgart

Redaktionsanschrift:
IG Metall, Fronackerstraße 60
71332 Waiblingen
Fon 07151/95 26-0
Fax 07151/95 26-22
e-mail: vst.waiblingen@igmetall.de
http://www.bw.igm.de/
region/waiblingen

**Konzeption, Realisierung,
Redaktion:** Ostendmedia

Erscheinungsweise:
jeden zweiten Monat

Nächste Ausgabe:
11. Mai 2000

Fotos: AOK, DC, debitel,
IGM, Klenk, Latz, Pleil,
Schmetterling-Verlag, Wörner

Druck: Weinmann

Papier: Paroli matt
100% Sekundärfasern
nordisches Umweltzeichen

Auflage: 50.000

Verteilung: Postversand
und Betriebsverteilung

Jahresabonnement: 15 Mark
(inkl. Versandkosten). Bei
Mitgliedern ist die Bezugs-
Gebühr im Beitrag enthalten.

Anzeigen: Ostendmedia
Fax: 0711/429080

BERUFSFORTBILDUNGSWERK

GEMEINNÜTZIGE BILDUNGSEINRICHTUNG DES DGB GmbH (bfw)

Kleemannstraße 8 · 70372 Stuttgart · Telefon (07 11) 5 53 88-27/29

Beginn:
Frühjahr 2000
Herbst 2000

Informieren
Sie sich!

Mo. - Do.
9.00 - 12.00
13.00 - 17.00

Fr.
9.00 - 12.00

Sie wollen Ihren Facharbeiterabschluß nachholen?
Wir bereiten Sie in ca. 18 Monaten auf die Externenprüfung
vor der IHK vor:

● **Facharbeiter Metall (B.: 09.10.2000)**

Sie sind bereits Facharbeiter und wollen sich qualifizieren?
In ca. 2 ½ Jahren bereiten wir Sie auf die IHK-Prüfung vor zum

● **Industriemeister Metall (B.: 14.03.2000)
Chemie/Elektro (B.: 16.05.2000)**

Als Facharbeiter oder Kauffrau/-mann können Sie sich weiter-
bilden zur/zum

● **Technischen Fachwirt/in (B.: 18.04.2000)**

Als Meister, Ingenieur bzw. Techniker können Sie sich weiter-
bilden zur/zum

● **Technischen Betriebswirt/-in (B.: 17.4.2000)**

Rufen Sie uns an. Wir informieren Sie gerne!

Anzeige

Lohnsteuerberatung

Die IGMetall in der Region Stuttgart bie-tet ihren Mitgliedern auch in diesem Jahr wieder eine Lohnsteuerberatung an, die von kompetenten Fachleuten durchgeführt wird. Das Mitglied erhält die fertige Steuererklärung sowie eine Mitteilung über den zu erwartenden Er-stattungs- bzw. Nachzahlungsbetrag. Weitere Informationen – auch über die Kosten – gibt es in den IGM-Büros. Tele-phon-Nummern siehe Seite 8.

Hier die Beratungsadressen und die Sprechzeiten bis Ende April. Weitere Ter-mine können in den IGM-Büros erfragt werden.

Esslingen: Gewerkschaftshaus,
Julius-Motteler-Straße 12:
13. und 27. März, 10. und 17. April
jeweils von 12 bis 17 Uhr.

Göppingen: Schulungsraum
der Volksfürsorge Göppingen,
Poststraße 41:
16. März, 15.30 bis 18.30 Uhr.

Ludwigsburg: Gewerkschaftshaus,
Schwieberdinger Straße 71:
2., 9., 16., 23. und 30. März; 6., 13.,
20. und 27. April, jeweils von
10 bis 15 Uhr.

Stuttgart: Gewerkschaftshaus,
Willi-Bleicher-Straße 20:
3., 10., 14., 17., 21., 24. 28. und 31.
März; 4., 11., 18. und 25. April, jeweils
zwischen 11 und 17 bzw. 18 Uhr.

Kritik an den *Oberbürgermeistern*

Besteuerung sollte vereinheitlicht werden

Die Region Stuttgart steht vor zwei schwierigen Problemen. Die Städte und Gemeinden arbeiten vor allem bei der Industrieansiedlung nicht mit-, sondern gegeneinander. Und die Steuereinnahmen innerhalb der Region sind unsinnig verteilt; der Verband der Region Stuttgart (VRS) selbst ist mit einem Haushalt von 270 Millionen Mark finanziell ein Zwerg. Jüngstes Beispiel für den Mißstand ist die Firma Debitel, um deren Ansiedlung sich Böblingen, Esslingen, Stuttgart und einige andere Städte in der Region heftig streiten. Die Stuttgarter CDU will deshalb gar die Gewerbesteuer senken. „Unsinn“, sagen Dieter Knauß und Jürgen Stamm, die Sprecher der IG Metall in der Region. Die Region Stuttgart müsse endlich als einheitlicher Wirtschaftsraum handeln, denn „das Hauen und Stechen zwischen den Oberbürgermeistern bringt uns nicht weiter“. Es gehe nicht darum, wer die geringsten Gewerbesteuerhebesätze hat, sondern um den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur der

gesamten Region. Wichtig sei, daß neue Unternehmen in die Region kommen und bestehende bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse allerdings die Gewerbesteuer vereinheitlicht werden, sagt Jürgen Stamm, der zugleich Erster Bevollmächtigter der IGM für Stuttgart und den Kreis Böblingen ist. Desweiteren müsse sich die Verteilung der Einkommenssteuer – sie orientiert sich bisher am Wohnort – an den regionalen Bedürfnissen orientieren. Drittens müsse der

Verband der Region Stuttgart einen wesentlich höheren Anteil am Steueraufkommen erhalten, denn viele Infrastrukturmaßnahmen

seien Gemeinschaftsaufgaben. Zweites Beispiel: Sindelfingen. „Für Daimler ist der Standort nicht wegen der Kommune, sondern wegen des Umfelds interessant“, sagt Jürgen Stamm. Doch die Gewerbesteuer fließe – falls sie endlich wieder fließt – nach Sindelfingen. Unsinnig sei auch die Verteilung der Einkommenssteuer: „Warum“, fragt Dieter Knauß, „bekommt ein idyllisch gelegener Wohnort, in dem es keine Arbeitsplätze, dafür aber viele betuchte Einwohner gibt, wesentlich mehr Einkommenssteuer als eine Industriestadt mit relativ wenigen Einwohnern, Strukturproblemen und hoher Arbeitslosigkeit? Der eine Ort müsse sich um die Wirtschaftsförderung, ein gutes Bildungsangebot oder soziale Brennpunkte kümmern. Für kleine Wohnorte sei dies kein Thema. Um die Gewerbe- und Einkommenssteuer sinnvoller und gerechter zu verteilen, seien die Politiker der Region, des Landes und des Bundes gefragt.“

Dieter Knauß

(links) und Jürgen

Stamm (oben),

die IGM-Sprecher in

der Region Stuttgart

Bald reservierte Parkplätze für Fahrgemeinschaften?

Werden Fahrgemeinschaften bei Daimler-Chrysler bald reservierte Parkplätze bekommen? Oder dürfen Arbeiter und Angestellte künftig mit ihrem eigenen Rad aufs Werksgelände fahren? Noch ist es nicht soweit, aber im Daimler-Chrysler-Werk in Stuttgart-Untertürkheim soll noch in diesem Jahr ein modernes „Mobilitätsmanagement“ Einzug halten. Das Freiburger Öko-Institut hat mittlerweile im Auftrag der Werkleitung Maßnahmen zur Diskussion gestellt, über die in Bälde entschieden werden soll. Angeregt hatte das Projekt der Umweltarbeitskreis und der Betriebsrat.

ler-Areal erstreckt sich immerhin von Bad Cannstatt bis zum Esslinger Stadtteil Metzingen. Die Freiburger Experten haben mittlerweile die Vorschläge der Daimler-Kolleginnen und -Kollegen sowie ihre eigenen Erfahrungen beziehungsweise die Erfahrungen in anderen Großunternehmen zusammengebracht und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erstellt. „Klar“, so Betriebsrat Gerd Ratgeb, „daß nicht alle Vorschläge übernommen werden können, daß wir Schritt für Schritt vorgehen werden“. Doch die Verbesserungen müßten spürbar sein.

► **Daimler Chrysler:** Diskussion über modernes Mobilitätsmanagement

Neue Konzepte für *Pendler*

Öko-Institut legt Maßnahmenkatalog vor

Ausgangspunkt war eine umfassende Befragung der Beschäftigten im Jahr 1999, an der Kolleginnen und Kollegen aus allen Werksteilen mitmachten. Das Daimler-

Hier einige der Vorschläge:

- VVS-Firmenticket gratis oder zumindest von Daimler bezuschußt
- Eine öffentliche Buslinie von Esslingen nach Stuttgart-Bad Cannstatt durchs Werk
- Direkte Buslinien zwischen bestimmten Wohnorten und den Werksteilen
- Verbesserungen des VVS-Netzes
- Verbesserung der Zugänglichkeit der VVS-Haltestellen
- Reservierte Parkplätze für Fahrgemeinschaften sowie eine automatisierte Mitfahrvermittlung
- Einfahrgenehmigung für Radfahrer ins Werk
- Ausbau des Neckarradweges im Bereich des Werkteils Untertürkheim
- Heimfahrtgarantie für Besitzer von Firmentickets und Teilnehmer von Fahrgemeinschaften bei ungünstig gelegener Arbeitszeit

► **Zwangsarbeiter:** Stiftungsinitiative der Wirtschaft hat nur wenige Mitglieder

Die *Verweigerer* in der Region dominieren

Noch immer weigern sich die meisten Unternehmen in der Region Stuttgart, ihre ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zumindest über einen Beitritt in die „Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft“ symbolisch zu entschädigen. Nur 14 Firmen mit Sitz in der Region gehören der Initiative mittlerweile an (Stand Ende Februar 2000). Sechs haben Werke in der Region.

Anfang Dezember hat die IG Metall in der Region Stuttgart die beiden bekanntesten Unternehmer der Region aufgefordert, ihrer Verantwortung gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeitern ihrer Firmen endlich gerecht zu werden. DIHT-Chef Hans Peter Stihl trat bereits kurz danach der Stiftungsinitiative bei und forderte die anderen Unternehmen im Lande auf, seinem Beispiel zu folgen. BDA-Chef Dieter Hundt wollte sich dagegen im Interview mit dem ZDF auch kurz vor Weihnachten nicht festlegen. Erst Mitte Januar trat Hundt der Initiative

bei, ohne die Öffentlichkeit zu informieren oder seine lange Verweigerung zu erklären. Die IG Metall ruft an dieser Stelle zum wiederholten Mal die Unternehmer und Manager der Region auf, sich endlich der Verantwortung der Geschichte ihrer Unternehmen zu stellen. Das mindeste wäre der Eintritt in die Stiftungsinitiative.

Wieviele Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in der Region Stuttgart während der NS-Diktatur Zwangsarbeiter beschäftigt haben, ist bis heute unbekannt. Am besten erforscht ist der Kreis Esslingen. Traudl Bühler, Halina Krupka, Uli Simon und Gerhard Voß haben dazu bereits 1988 eine umfangreiche Dokumentation vorgelegt, die jetzt in erweiterter Form wieder erschienen ist.

„Räder müssen rollen für den Sieg“
Zwangsarbeit im „Dritten Reich“
Herausgeber VVN/BdA Kreis Esslingen,
Schmetterling Verlag, Stuttgart.

stiftungsinitiative

Mitglieder der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft aus dem Bereich der Metall- und Elektroindustrie mit Sitz in der Region Stuttgart:

Allgaier Werke, UHINGEN
Balluf, Neuhausen
Behr, Stuttgart
Beru, Ludwigsburg
Bosch, Stuttgart
Daimler-Chrysler, Stuttgart
Eberspächer, Esslingen
Heller Maschinenfabrik, Nürtingen
Mahle, Stuttgart
Porsche, Stuttgart
Schuler Pressen, Göppingen
Stihl, Waiblingen
Trumpf, Ditzingen
WMF, Geislingen

Mitglieder der Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft aus dem Bereich der Metall- und Elektroindustrie mit Werken in der Region Stuttgart:

Asea Brown Boveri, Mannheim
IWKA, Karlsruhe (Ex-Cell-O, Boeinger)
Müller-Weingarten, Weingarten
Siemens, München
Thyssen-Krupp, Düsseldorf
(Werner & Pfleiderer)
ZF Friedrichshafen, Friedrichshafen

Immer noch nicht beigetreten sind unter anderen folgende ehemaligen Zwangsarbeitsfirmen:

Dick, Deizisau
Festo, Esslingen
Fortuna, Weil d. Stadt (früher Stuttgart)
Gross & Froelich, Stuttgart
Hansa Metallwerke, Stuttgart
Kolb & Schüle, Kirchheim
Maschinenfabrik Geislingen
(heute Heidelberger Druckmaschinen)
Remswerk, Waiblingen
SWF (heute Valeo), Bietigheim
Zinser, Ebersbach

Zwangsarbeiter-
lager in Reichenbach

(Bild oben)

„2 Mark pro Liter Sprit? Ohne mich!“

Konkurrenzlos günstig zur Arbeit –
mit dem VVS-Firmenticket.

„Seit Monaten bewegen sich die Benzinkosten mit Vollgas auf der Überholspur – aber die Bremse ich jetzt aus. Seit es in unserem Betrieb das Firmenticket gibt, bin ich auf den VVS umgestiegen. Das Firmenticket ist im Prinzip eine VVS-Jahreskarte, die durch die Sammelbestellung aller Kollegen bis zu 10% günstiger werden kann. Bei dem, was mich in letzter Zeit der Sprit kostet, hat sich das Firmenticket nach ein paar Monaten schon gelohnt! Nicht nur rein rechnerisch: Bus und Bahn sind einfach schneller, bequemer und stressfreier. Den kostbaren Sprit spare ich mir für Fahrten auf, für die ich das Auto wirklich brauche. Denn zur Rush hour in die Stadt, das muss wirklich nicht mehr sein!“

Wir beraten Sie gerne! Hotline: (07 11) 1 94 49

Vom 1. Januar an können Sie auf Ihre Jahreskarte an Samstagen, Sonn- und Feiertagen bis zu 3 Kinder oder alle eigenen Kinder (6 bis 11 Jahre) unentgeltlich mitnehmen.

Clever auf Achse

Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet

IG Metall-Aktion „Tatort Betrieb“ hat viel bewegt

Wir brauchen mehr Gesundheitsvorsorge im Betrieb“, sagt Dieter Knauß, der Sprecher der IG Metall in der Region Stuttgart. Nur elf Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in der Region (siehe Kasten auf dieser Seite) beteiligten sich 1999 zusammen mit der AOK an entsprechenden Maßnahmen. „Dies ist ein Armutszeugnis“, sagt Knauß, „denn seit 1996 sind alle Unternehmen laut Arbeitsschutzgesetz dazu verpflichtet, sich um den Gesundheitsschutz im Betrieb zu kümmern. Und die AOK hilft dabei, teilweise sogar kostenlos.“

Dieter Knauß schätzt, daß sich derzeit höchstens zehn Prozent der Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in der Region Stuttgart ernsthaft mit der Verbesserung des Gesundheitsschutzes ihrer „lieben Mitarbeiter“ kümmern. Knauß: „Dies sind die von der AOK unterstützten Betriebe sowie einige wenige Firmen, die eine eigene Betriebskrankenkasse haben.“ Knauß ist vor allem deshalb so sauer auf den Rest der Unternehmen, weil das neue Arbeitsschutzgesetz die Unternehmen zu einer schriftlichen Beurteilung der mit der Arbeit verbundenen Gefährdung der Gesundheit ihrer Beschäftigten verpflichtet. Desweiteren müssen die Verantwortlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel festlegen. Doch immer noch seien Verstöße gegen das Arbeitsschutzgesetz an der Tagesordnung. Dennoch versucht die IG Metall zusammen mit ihren Betriebsräten, weiterhin Druck auf die Geschäftsleitungen auszuüben, um die Verhältnisse zu verbessern. Dabei konnte man

in den 90er Jahren insbesondere im Rahmen der Aktion „Tatort Betrieb“ große Erfolge erzielen. Dieter Knauß erinnert sich noch an den Beginn dieser Aktion Ende der 80er Jahre. Damals berichtete auch die Presse und das Fernsehen über einen skandalösen Fall im Waiblinger Kunststoffwerk von Bosch. Die Kollegen mußten bei der Arbeit über Jahre hinweg große Mengen krebserregender Chlorkohlenwasserstoffe einatmen.

Knauß: „Inzwischen gibt es geschlossene Systeme oder ungefährliche Verfahren.“ Doch ohne die Proteste der Betroffenen und die Unterstützung der IG Metall und des Betriebsrates wäre dieser Fortschritt nicht möglich gewesen. Die IG Metall warnt allerdings vor falschen Hoffnungen in die Gesundheitsvorsorge. Knauß: „Wer glaubt, daß Vorsorgemaßnahmen in jedem Fall von heute auf morgen eine erhebliche Verminderung der Fehlzeiten bringen, der

arbeitserleichterung

hat nichts begriffen. Denn dazu braucht man einen langen Atem.“

Zudem müsse das Unternehmen dazu bereit sein, Geld in ergonomisch gestaltete Arbeitsplätze zu investieren. Beispiel Daimler Sindelfingen: Dort hat man bestimmte Montagearbeiten, bei denen man früher gekrümmt stehen mußte, so geändert, daß die Kollegen heute aufrecht stehen können. In diesem Fall das wirksamste Mittel gegen Schulter- und Rückenschmerzen.

Der Mercedes wird heute so gekippt, daß man bei der Arbeit aufrecht stehen kann

► **Daimler-Betriebsrat Bernhard Hindersin:**

Auto-Konzerne müssen Verantwortung übernehmen

Noch immer sind mehr als 500 Kilometer Strand in der Bretagne ölverseucht. Das Ergebnis eines Tankerunglückes Ende 1999. Einige Betriebsräte und Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt von Daimler in Untertürkheim hat die Katastrophe so bewegt, daß sie in die Bretagne fuhren, um eine Woche bei der Beseitigung des Öls zu helfen. Bernhard Hindersin, Arbeitswissenschaftler im Produktionsbereich Motoren: „Wir wollten praktisch handeln, nicht nur reden.“

Dennoch wissen die Kollegen, daß dies nicht genügt. Es müsse sich politisch etwas ändern, sagt Betriebsrat Hindersin. Ziel müsse sein, „daß wir unsere Energieprobleme mehr mit regenerativen Energien lösen statt mit fossilen Brennstoffen“. Global operierende Auto-Konzerne wie Daimler-Chrysler müßten Verantwortung übernehmen. Schließlich werde ein Großteil des auf

den Weltmeeren transportierten Öls als Brennstoff für Fahrzeuge verwendet.

Hindersin und seine Mitstreiter sehen deshalb auch die Globalisierung kritisch. „So soll die Welt immer effektiver ausgebeutet werden, damit die Kapitalrenditen steigen. Wir dagegen müssen dafür sorgen, daß unsere Lebensgrundlagen bewahrt bleiben.“

Ölverschmutzter Strand: Daimler-Kollegen beim Arbeitseinsatz in der Bretagne

vorbild

In elf Betrieben der Metall- und Elektroindustrie in der Region Stuttgart gab es 1999 in Zusammenarbeit mit der AOK Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge:

Babcock, Kornwestheim
Bauer Antriebstechnik, Esslingen
Daimler-Chrysler, Sindelfingen
Daimler-Chrysler, Stuttgart
Festo, Esslingen
Getrag, Ludwigsburg
Hörauf, Donzdorf
Kärcher, Winnenden
Porsche, Stuttgart
Valeo (früher SWF), Bietigheim
Zander, Stuttgart

**Muskelmessung
am Arbeitsplatz
bei Faulhaber**

kung des Krankenstandes. Ein „Arbeitsunfähigkeitsprofil“ der AOK sollte weiterhelfen. Doch das genügte dem Betriebsrat nicht. Er forderte konkrete Maßnahmen zur Beseitigung arbeitsbedingter Erkrankungen. Mit Erfolg: Zusammen mit der AOK wurden mittlerweile drei Aktionstage veranstaltet. Die Themen: Gesund ernähren, Gripeschutzimpfung und Probleme mit Schulter und Rücken.

„Vor allem die Akkord-Arbeiterinnen und -Arbeiter in der Montage klagen über Kreuz-Beschwerden“, berichtet Betriebsrat Gürtler. „Wir haben die Arbeitsbelastungen deshalb von Fachleuten der AOK und Firma Rehamed untersuchen lassen.“ Ulrich Wirth von der AOK in Böblingen richtete dazu extra einen Musterarbeitsplatz ein. Mit einem Muskelspannungsmeßgerät konnte er einseitige Belastungen der Muskulatur nachweisen, die im Extremfall zu einer Muskelverkürzung und damit zu starken Schmerzen führen.

„Die Fachleute werden bald ein Gesamtkonzept vorlegen“, berichtet Betriebsrat Gürtler, „und bei der nächsten Betriebsversammlung steht das Thema wieder auf der Tagesordnung“. Kurzfristige Erfolge erwartet der Betriebsrat allerdings nur in Einzelfällen. Gürtler: „Unsere Arbeit ist mittel- und langfristig angelegt, sonst würde sie keinen Sinn machen.“

► **Helmut Gürtler:** Krankheitsursachen im Betrieb aufdecken

Aktionstage mit der AOK

Viele Unternehmen in der Region Stuttgart jammern über einen zu hohen Krankenstand. Nur wenige fragen nach den Ursachen. Positives Beispiel: die Firma Faulhaber in Schönaich, wo Elektrokleinmotoren gefertigt werden. „Bei uns wurde jetzt Ursachenforschung betrieben, um intelligente Lösungen zu finden“, berichtet Hel-

mut Gürtler, der Betriebsratsvorsitzende. Er ist der Ansicht, „daß nicht nur Großbetriebe dies können, sondern auch kleine und mittelgroße Unternehmen wie Faulhaber, wo 430 Leute arbeiten“.

1998 kam der Stein bei Faulhaber ins Rollen. Die Geschäftsleitung klagte über den hohen Kostendruck und forderte eine Sen-

**AOK-Geschäftsstellen
in der Region Stuttgart**

AOK für den Kreis Böblingen
Riedmühlestr. 1
71063 Sindelfingen
Fon 07031/6 17-0
Fax 07031/6 17-1 69

AOK Esslingen
Plochinger Straße 13
73730 Esslingen
Fon 0711/93 99-0
Fax 0711/93 99-2 16

AOK Göppingen
Rosenstraße 22
73033 Göppingen
Fon 07161/2 03-0
Fax 07161/2 03-1 12

AOK Ludwigsburg-Bietigheim
Gottlob-Molt-Str. 1
71636 Ludwigsburg
Fon 07141/1 36-0
Fax 07141/1 36- 320

AOK Nürtingen-Kirchheim/Teck
Schöllkopfstraße 61
73230 Kirchheim
Fon 07021/7 21-0
Fax 07021/7 21-2 98

AOK Stuttgart
Breitscheidstraße 20
70176 Stuttgart
Fon 0711/20 69-
Fax 0711/20 69-4 45

AOK für den Rems-Murr-Kreis
Schorndorfer Str. 32
71332 Waiblingen
Fon 0180/1 26 52 65 (Ortstarif)
Fax 07151/1 39-1 00

Wir bringen Ihre Gesundheit auf Trab.

Volles Programm!

Die AOK-Gesundheitsangebote Frühjahr/Sommer 2000

Machen Sie mit, wer gesund lebt, ist fit und bleibt aktiv. Wir bieten für jeden ein starkes Programm:

- **Ernährung:**
z.B. Schritt für Schritt zum Wohlfühlgewicht
- **Bewegung:**
z.B. Inline-Skating-Sicherheitstraining, Fitnesstraining, Walking
- **Entspannung:**
z.B. Autogenes Training, Stressbewältigung
- **Junge Familie:**
z.B. Kinderernährung, AOK-Rückenschule für Kinder

Die Broschüre Gesundheitsangebote gibts bei jeder AOK in Ihrer Nähe. Einfach holen oder anrufen. Wir schicken sie Ihnen gerne zu.

www.aok.de

**AOK Baden-Württemberg
Für Ihre Gesundheit machen wir uns stark.**

„Schließlich ist vorbeugen *besser als heilen*“

Seit Januar wieder kostenfreie Gesundheitsangebote

Die AOK Baden-Württemberg ist bekannt für ihr Engagement im Bereich der Gesundheitsvorsorge und sieht deshalb in der Gesundheitsreform 2000 einen Schritt in die richtige Richtung. Die Prävention innerhalb und außerhalb der Betriebe soll jetzt weiter ausgebaut werden. IGM-Regional sprach darüber mit Roland Sing, dem Vorstandsvorsitzenden der AOK in Baden-Württemberg.

Die Regierung Kohl hat die Prävention unter Gesundheitsminister Horst Seehofer massiv beschnitten. Was hat sich jetzt geändert?

Die Reform von Gesundheitsministerin Andrea Fischer bringt einen Paradigmenwechsel. Wir gehen weg vom Reparaturbetrieb hin zur Gesundheitsförderung. Dies wurde auch im Sozialgesetzbuch festgeschrieben. Damit hat die Regierung von Gerhard Schröder eine alte Forderung der

AOK erfüllt. Denn schließlich ist vorbeugen besser als heilen.

Allerdings ist der Finan-

zierungsrahmen für die Prävention noch völlig unzureichend. Für die AOK Baden-Württemberg heißt dies, daß wir bei Ausgaben von jährlich 16 Milliarden Mark nur 15 Millionen für kostenfreie Gesundheitsangebote ausgeben dürfen. Trotzdem werden wir das neue Recht offensiv umsetzen.

Was heißt das konkret für das AOK-Mitglied?

Seit Januar 2000 bieten wir unseren Mitgliedern wieder kostenfreie Gesundheitsangebote. Eine ärztliche Empfehlung ist dafür nicht nötig. Die Angebote reichen von der klassischen AOK-Rückenschule über Maßnahmen der besseren Streßbewältigung bis zu Ernährungskursen. Ein Beispiel: wir geben in Deutschland jährlich rund 90 Milliarden Mark für ernährungsbedingte Krankheiten aus. Sie sehen, wie wichtig wirkungsvolle Ernährungsberatung ist.

Aber was macht ein abhängig Beschäftigter, der täglich auf schlechtes Kantinen-Essen angewiesen ist?

Auch hier berät die AOK. Unsere Ernährungsberater und -beraterinnen kom-

men in jeden Betrieb, wenn dies gewünscht wird.

Arbeit kann krank machen. Wie kann die AOK für Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sorgen?

Der Gesetzgeber hat uns damit beauftragt, arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten. Wenn wir ein bestimmtes Gefährdungspotential erkannt haben, gehen wir auf die Betriebe zu. Umgekehrt gehen auch Betriebe von sich aus auf uns zu. Vor allem Großbetriebe und große mittelständische Unternehmen. Wir sorgen damit für mehr Lebensqualität bei den Beschäftigten sowie für Kosteneinsparungen bei den Betrieben und bei der AOK als Krankenkasse.

Bisher hat die AOK aber nur einen kleinen Teil der Unternehmen in der Regi-

on Stuttgart erreicht. Soll es dabei bleiben? Die AOK-Geschäftsstellen in der Region Stuttgart kümmern sich seit 1998 verstärkt um die Gesundheitsvorsorge in den Betrieben. 1999 wurden 130 Unternehmen beraten. In 70 Fällen kam es zu Verbesserungsmaßnahmen, für die die Unternehmen auch Geld ausgegeben haben. Wir wollen aber in alle Betriebe gehen und dies im Turnus von drei bis fünf Jahren. Das ist unser Ziel; und gegebenenfalls würden wir dafür auch externe Berater hinzuziehen.

An wen wendet sich die AOK in den Betrieben?

Immer an die Unternehmensleitung und den Betriebsrat. Wir analysieren die Krankheiten in einem Unternehmen oder einer Abteilung und suchen nach den Ursachen. Doch die Daten bleiben anonymisiert, denn der Datenschutz hat bei uns einen hohen Stellenwert. Und dann schlagen wir konkrete Maßnahmen vor, die oftmals nicht einmal viel Geld kosten. Kostenfrei sind im übrigen eine differenzierte Analyse der Erkrankungen in einem Unternehmen sowie eine erste Betriebsbegehung.

Und wie erfolgreich können die Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge in den Betrieben sein?

Die Firma Behr in Mühlacker zum Beispiel hat ihren Krankenstand innerhalb von drei Jahren um mehr als 30 Prozent verringert. Doch wir wären auch mit etwas bescheideneren Ergebnissen zufrieden. Manchmal dauert es eben länger, bis sich derartige Erfolge einstellen. Ich erinnere aber auch an die Möglichkeiten, die jeder Versicherte unabhängig von den Aktivitäten am Arbeitsplatz hat. Zum Beispiel an die Früherkennung von Krebserkrankungen oder von Kinderkrankheiten. Darauf haben unsere Mitglieder einen Rechtsanspruch. Leider nehmen sie ihn viel zu selten wahr. Bei den Männern sind es gerade zehn bis zwölf Prozent der Betroffenen, bei den Frauen ein Drittel. Und auch für die Kinder würde ich mir bei den kostenfreien Vorsorgeuntersuchungen mehr Engagement der Eltern wünschen.

interview

Roland Sing
AOK-Chef in Baden-Württemberg

Krankenstand

um ein Drittel

verringert:

AOK-Berater

bei Behr